



Lüthi und der Lebensmensch



TV-Moderatorin **Barbara Lüthi** (51) hat sich im SRF-«Club» dem Phänomen Rechts-populismus angenommen – und sich einen kleinen Patzer erlaubt: In

der Runde begrüßte sie den Österreicher **Stefan Petzner** (44), einstiger Wegbegleiter und «Lebensmensch» von Politiker **Jörg Haider** (1950–2008). Petzner sei ein «FPÖ-naher Berater», so Lüthi. Was sie verschwieg: Ihr Studiogast hat ein Mandat von FPÖ-Chef und Wohl-bald-Kanzler **Herbert Kickl** (56). Dank der Intervention von «Republik»-Journalist **Daniel Binswanger** (56) konnte sie die Sache noch rechtzeitig klären.

Matter und die Marokkaner



Eine goldene Rhetorikregel lautet: Zurückhaltung bei Redewendungen! In der SRF-«Arena» über die Bundesratsvakanz schnödete SVP-

Nationalrat **Thomas Matter** (58) über die nach links gerutschte Mitte und bezeichnete die dortigen Bürgerlichen als «letzte Marokkaner» in der Partei. Womöglich meinte er die letzten Mohikaner. Vielleicht aber ortet er tatsächlich Nordafrikaner bei den Christdemokraten. Das wäre ebenso interessant wie die nordamerikanischen Ureinwohner.

Schneider und die Bäcker



FDP-Chef **Thierry Burkart** (49) sagte an einem Anlass: «Wer am Morgen früh aufsteht, soll am Abend mehr haben.» Was Grünen-Natio-

nalrätin **Meret Schneider** (32) auf ihre Art interpretierte: «Boni für Bäcker statt für Banker!» Schlecht wäre die Idee gar nicht.

Mehr Gehör für Gewerbler

Silberschmidt lädt zur KMU-Session

Andri Silberschmidt sieht den Wohlstand in der Schweiz gefährdet. Jetzt versammelt der Zürcher Nationalrat Unternehmerinnen und **Unternehmer** unter der Bundeshauskuppel.

PETER AESCHLIMANN

In der Schweiz zählt die überwältigende Mehrheit der Firmen zu den kleinen oder mittleren Unternehmen, zwei von drei Beschäftigten arbeiten für ein KMU. **Trotzdem hätten sie, die das «Rückgrat der Wirtschaft» bilden, im politischen Diskurs noch zu wenig Gewicht**, bemängelt FDP-Nationalrat **Andri Silberschmidt** (30) – und will das schleunigst ändern.

Zu diesem Zweck lädt der Zürcher im kommenden November Unternehmerinnen und Unternehmer aus sämtlichen Kantonen ins Bundeshaus zur ersten KMU-Session. 46 an der Zahl, analog zur Vollbesetzung des Ständerats, die Bewerbungsfrist läuft bis Ende Februar. Auf der Website des KMU-Parlaments heisst es: «Gesucht



Jamie Vrijhof-Droese führt ein Finanz-KMU in Zürich. Sie will an Silberschmidts Session im Herbst teilnehmen.

Automobil-Streit um CO₂-Strafen

SVP-Nationalrat fordert

Für Verkehrspolitiker und Garagistenvertreter **Thomas Hurter** braucht es «dringend» einen Austausch zwischen Verwaltung und Autobranche.

In einer Sache sind sich alle einig, was den Schweizer Strassenverkehr betrifft: Die Schweiz ist punkto Elektroautos ein Entwicklungsland. Dass sich dies ändern sollte, wäre eigentlich poli-

tischer Konsens, doch ist zwischen Bundesverwaltung und Wirtschaft ein erbitterter Streit über die Massnahmen entbrannt. Das Bundesamt für Energie will die Schweizer Autohändler rückwirkend zu Strafzahlungen verdonnern, **weil die Kundinnen und Kunden weniger E-Autos kaufen, als für die Erreichung der Klimaziele nötig wären.**

Die krisengeschüttelte Autobranche befürchtet einen Kahlschlag und macht Druck beim zuständigen Bundesrat



Unternehmer bildeten das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft, sagt Andri Silberschmidt.

werden Persönlichkeiten, die eine klare Vision für die wirtschaftspolitische Zukunft der Schweiz mitbringen.» **Am Ende der Veranstaltung soll ein Forderungskatalog stehen, den die beiden Kammern des Parlaments dann behandeln müssen.**

Man wolle, so Initiant Silberschmidt, jene zu Wort kommen lassen, die jeden Tag aufstehen würden, um Wertschöpfung zu betreiben. Menschen wie Jamie Vrijhof-Droese zum Beispiel. Die Finanz-

expertin leitet gemeinsam mit ihrem Mann eine Vermögensverwaltungsfirma in Zürich, die sich auf US-Kunden spezialisiert hat. Gegründet hatte das Unternehmen 1991 ihr Vater, seit vier Jahren ist sie nun am Ruder.

Vrijhof-Droese sagt, dass es dem eidgenössischen Milizparlament oft an ausgewiesener Finanzexpertise fehle. «Das Parlament ist sehr weit weg von der Realität eines Finanz-KMU.» Das zeige sich etwa

bei den Lizenzvergaben und jährlichen Revisionen. Bei Unstimmigkeiten bliebe einer Firma oft nur der Rechtsweg, der viel Zeit und Geld koste. Vrijhof-Droese regt die Schaffung einer Ombudsstelle an, die bei Fragen zwischen Finanzmarktaufsicht und KMU niederschwellig vermitteln könnte. **«Die Schweiz ist dank ihres Unternehmertums zum Erfolgsmodell geworden.»**

Ebenfalls Interesse an einem Sitz im KMU-Parlament hat Christof Domeisen, CEO der Angst+Pfister AG, die technische Komponenten aus natürlichem und synthetischem Gummi für die Industrie produziert. Ihn stören die hohen Hürden bei Infrastrukturprojekten in der Schweiz. Während der Bau einer Fabrik in Vietnam heute 18 Monate dauere, benötige man hierzulande drei bis fünf Jahre. Das schade der Wettbewerbsfähigkeit, so Domeisen. Er hofft, dass Regulationen abgebaut werden und keine neuen hinzukommen.

Beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ist man sich der Bedeutung der KMU bewusst. Gegenüber SonntagsBlick sagt Sprecherin Françoise Tschanz: **«Die Anliegen der KMU geniessen beim Bundesrat einen hohen Stellenwert.** Mit einer auf ihre spezifischen Bedürfnisse abgestimmten Politik werden die Rahmenbedingungen der bestehenden Unternehmen ständig optimiert, Neugründungen erleichtert und die fortwährende Entwicklung der Unternehmen ermöglicht.»

In seinem KMU-Rating, das der Schweizerische Gewerbeverband letztmals vor zwei Jahren veröffentlichte, steht, dass sich 63 Prozent der Parlamentarierinnen und Parlamentarier in «mindestens zwei Dritteln der Geschäfte der Position des SGV angeschlossen haben».

Rennt Andri Silberschmidt mit seinem KMU-Parlament also offene Türen ein? Es stimme zwar, dass viel über KMU geredet werde in Bundesbern, sagt der Nationalrat. **«Doch noch zu selten wird mit den KMU geredet.» Er habe den Eindruck, dass die Schweiz sich auf dem Wohlstand ausruhe.** Das KMU-Parlament werde neuer Drive in die Debatte bringen, ist er überzeugt. «Damit wir wieder rauskommen aus unserer Wohlfühlase.» ●

Krisengipfel

Albert Rösti (57), wie SonntagsBlick berichtete («Mit Vollgas gegen die Autobranche»). Sie pocht auf mehr Zeit. **Die Bundesverwaltung bleibt hart und argumentiert mit dem CO₂-Gesetz.**

Das ruft auch Verkehrspolitiker und SVP-Nationalrat Thomas Hurter (61) auf den Plan. «Es braucht dringend einen Krisengipfel zwischen Verwaltung und der Automobilbranche», sagt er. Dabei sein müssten auch die Importeure und das Garagengewerbe. Man solle «einen ver-

trebaren Weg finden, die CO₂-Gesetzgebung umzusetzen», so Hurter weiter.

Hurter vertritt als Präsident des Autogewerbe-Verbands Schweiz die Garagisten im Land. Es könne nicht sein, dass das Gewerbe dafür bestraft werde, dass die Nachfrage nach Elektroautos ungenügend sei. **«Das ist, als ob man die Grossverteiler dafür bestrafen würde, dass die Leute zu wenige Bioprodukte kaufen.»** Die Entscheidung liegt nun beim Bundesrat. ●

REZA RAFI



Wehrt sich für die Garagisten: Verkehrspolitiker Thomas Hurter.